

vorwärtsBERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN

MITGLIEDERBEFRAGUNG:

TOLLE BETEILIGUNG, KLARE ERGEBNISSE

Die Erwartungen sind noch übertroffen worden. Bis zum Einsendeschluss am 6. November waren 7636 ausgefüllte Fragebögen zurückgeschickt worden. Damit haben sich mehr als 45 Prozent der Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an der Mitgliederbefragung beteiligt und ihre Antworten auf die zwölf Fragen gegeben – „ein richtig gutes Ergebnis“, so der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß.

Erstmals konnten die Berliner SPD-Mitglieder ihre Ideen und Vorschläge vor der Erstellung eines Wahlprogramms nicht nur auf



Vorstellung der Ergebnisse: Jan Stöß und SPD-Landesgeschäftsführer Dennis Buchner.

den Programmkonferenzen einbringen, sondern die Richtung in zwölf Punkten direkt festlegen und den Themen die gewünschte Bedeutung beimessen: Bezahlbares Wohnen, staatliche Neutralität, innere Sicherheit, Kitaqualität und vernünftige Pflege – das sind die Themen, die den Berliner SPD-Mitgliedern besonders am Herzen liegen.

Bei vielen Fragen waren die Mehrheiten klar, ob es um die Reduzierung der Standards im Wohnungsbau für mehr bezahlbaren Wohnraum ging, eine kostenfreie Zugangsmöglichkeit zu den Museen zu bestimmten Zeiten, die Beibehaltung des staatlichen Neutralitätsgebots oder bessere Pflegeangebote – stets sprachen sich mehr als 80 Prozent dafür aus. Deutlich war auch die Priorität beim Kita-Ausbau: Zwei Drittel sagten Ja zur Frage „Soll die Qualitätssteigerung vordringlich vor der Ausweitung der Beitragsfreiheit umgesetzt werden?“ Knapper wurde es nur bei drei Fragen. Eine generelle Herabsetzung des Wahlalters auf 16 lehnten 60 Prozent ab, eine Sonderregelung für Spätis zur Sonntagsöffnung 53,8 Prozent. Ganze 63 Stimmen Unterschied gab es bei der Ablehnung einer Cannabis-Legalisierung. **Alle Ergebnisse auf Seite III**



Hand in Hand für die Stadt: Michael Müller, Jan Stöß und Raed Saleh auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 14. November.

MITEINANDER UND FÜREINANDER

Parteitag im Zeichen der Solidarität

Die Berliner SPD hat ihren Anspruch bekräftigt, auch nach der Wahl im kommenden Jahr die Politik der Stadt zu bestimmen. „Ich will mit euch gemeinsam zeigen, dass wir zurecht die Regierungspartei sind“, so Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller auf dem SPD-Landesparteitag Mitte November. „Wir können Großstadt.“ Die SPD habe das Gemeinwohl im Blick und gestalte die Zukunft Berlins – „eine gute“, so Müller.

Ein Jahr nach seinem Amtsantritt ist Michael Müller der mit Abstand beliebteste Politiker in der Stadt. Darauf wies der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß in seiner Parteitagrede hin. Er dankte Michael Müller auch für die klaren Worte in der wenige Tage zuvor abgegebenen Regierungserklärung im Berliner Abgeordnetenhaus. „Er hat der Stadt das gegeben, was wir mit Haltung meinen, mit Orientierung.“ Stöß rief zu einer Politik im „Geist des Miteinander, des Füreinander“ auf.

Wie in seiner Regierungserklärung mahnte Michael Müller auch auf dem Parteitag eine gemeinsame Kraftan-

strengung an, um den nach Berlin geflüchteten Menschen Schutz und Unterkunft zu geben. Nicht alles habe immer gleich geklappt, räumte er ein. Es sei jedoch auch vieles gelungen: „Wir haben 58.000 Menschen helfen können.“

Michael Müller rief dazu auf, in der Flüchtlingspolitik „offen und ehrlich und ernst zu sagen, was geht und was nicht geht“. Er forderte die internationale und europäische Solidarität ein. Aber zugleich müssten jetzt gemeinsam Lösungen für die aktuellen Fragen der Unterbringung gefunden werden. Hier seien auch die Senatsmitglieder der CDU in der Verantwortung. Mit Scheindebatten um mehr Abschiebungen oder Einschränkungen beim Familiennachzug müsse Schluss sein.

Begonnen hatte der Landesparteitag unter dem Eindruck der Attentate von Paris. Die Berliner SPD drückte mit einer Schweigeminute ihre Anteilnahme aus, am Abend gingen der SPD-Landesvorsitzende und zahlreiche Delegierte gemeinsam zu einer Gedenkveranstaltung am Pariser Platz.

Mehr auf Seite II

UNSERE BEILAGE IN DIESER AUSGABE



Dieser Ausgabe des VorwärtsBerlin liegt eine Broschüre der Berliner SPD bei. Unter dem Titel „Füreinander – Wachstum menschlich gestalten“ stellt sie Erfolge und Aufgaben der Berliner Landespolitik dar.

Sie ist in allen SPD-Kreisbüros sowie beim Landesverband der Berliner SPD, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, Tel. 4692 222, erhältlich.

Die Broschüre steht auch im Internet als PDF zum Download zur Verfügung: www.spd.berlin/fuereinander.

NOTIZEN AUS DER BERLINER SPD

Solidaritätsbesuch in Paris.

Vom 27. bis 29. November ist eine Delegation der SPD Berlin mit dem Landesvorsitzenden Jan Stöß nach Paris gereist, um sich mit Vertreterinnen und Vertretern der PS Paris zu treffen. „Nach den Attentaten von Paris war es uns besonders wichtig, an dem lange geplanten Besuch in Paris festzuhalten, als Zeichen unserer Solidarität und unserer Freundschaft“, so Stöß. Die Delegationsreise im Rahmen der Partnerschaft mit der Parti Socialiste habe nun einen besonderen Charakter erhalten. „Wir zeigen, dass wir gerade in diesen schwierigen Zeiten eng zusammenrücken“, erklärte der SPD-Landesvorsitzende.

Landesgruppe im Bundestag.

Die Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert ist einstimmig für weitere zwei Jahre zur Sprecherin der Landesgruppe Berlin der SPD-Bundestagsfraktion gewählt worden. Sie leitet die Landesgruppe seit 2009. Rawert zog eine positive Bilanz der Berliner Landesgruppe seit den Bundestagswahlen 2013: „Gemeinsam haben wir wichtige Themen für Berlin vorangebracht, so etwa in der Mieten- und Wohnungspolitik. Unsere Beschlüsse und die beharrliche Arbeit für bezahlbaren Wohnraum waren die Initialzündung für die nun beginnende Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik des Bundes. Für den Wohnungsmarkt in Berlin kämpfen wir um jede einzelne Fläche.“

Nominierungen. Im Januar finden die letzten Kreisdelegiertenversammlungen zur Aufstellung von Wahlkreis-kandidatinnen und -kandidaten und Bezirkslisten statt. Alle bisherigen Ergebnisse sind auf www.spd.berlin/aufstellung2016 zu finden.

Galerie. Die noch bis zum 8. Januar geöffnete Ausstellung „un-eins“ in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Mül-lerstr. 163, zeigt Arbeiten von drei Studierenden der UdK. Zur Vernissage lädt das Kulturforum am Freitag, 11. Dezember 2015, 19 Uhr. Geöffnet: Mi, Do, Fr, 16 - 18 Uhr, zwischen Weihnachten und Neujahr nach telefonischer Vereinbarung: 883 79 14.



Auf dem Landesparteitag der Berliner SPD im bcc am Alexanderplatz wurden unter dem Motto „Füreinander“ an den Seitenwänden die erreichten Ziele dargestellt: „1 Mrd. Euro für Hochschulbau bis 2025“, „Über 2.000 neue Lehrkräfte für das Schuljahr 2015/2016“ oder „40.000 neue Arbeitsplätze in zwölf Monaten“.

„MENSCHLICH BLEIBEN, HALTUNG ZEIGEN“

Landesparteitag: Engagement für Geflüchtete

Die Berliner SPD hat klare Positionen in der Flüchtlingspolitik bezogen. „Menschlich bleiben. Haltung zeigen.“ ist die Resolution überschrieben, die einstimmig vom Parteitag angenommen wurde.

„Wir wollen ein weltoffenes Berlin, das Menschen in Not willkommen heißt, ihnen Schutz und ein neues Zuhause bietet“, heißt es darin. „Wir wissen, dass manche Menschen trotz ihrer Solidarität auch Ängste haben – auch diejenigen, die die Unterstützung eines sozialen Staates genauso wie Flüchtlinge dringend brauchen. Ihre Sorgen nehmen wir ernst und wir werden unsere Politik weiterhin daran ausrichten, dass Solidarität alle in Not erreichen muss – niemand muss Angst haben, zurückgelassen zu werden. Keine Gruppe darf gegen die andere ausgespielt werden.“ Die Resolution wendet sich gegen „Obergrenzen“ und andere Scheindebatten, die nicht zur Lösung beitragen. Eine verschärfte Residenzpflicht wurde abgelehnt, ein von den Jusos geforderter Verzicht auf Abschiebungen fand keine Mehrheit.

In einer weiteren Resolution forderte der Parteitag Bundesverkehrsminister Dobrindt einstimmig auf, alles zu tun, um die Arbeitsplätze bei Air Berlin zu erhalten. Mit seiner Weigerung, die vom größten Anteilseigner von Air Berlin Etihad Airways beantragten Codeshare-Flüge zu genehmigen, gefährde der Bundesverkehrsminister den Fortbestand der Fluglinie Air Berlin und viele Tausend Arbeitsplätze in unserer Stadt und weit darüber hinaus, so die Berliner

SPD. Dobrindts Verweigerung der Genehmigung nutze vor allem dem Drehkreuz München. „Herr Dobrindt ist aber nicht bayerischer Verkehrsminister, sondern Bundesverkehrsminister“, heißt es in der Resolution. Hans Albrecht, Betriebsratsvorsitzender von Air Berlin dankte auf dem Parteitag für die Unterstützung der Berliner SPD und des Regierenden Bürgermeisters. Das Codeshare-Problem sei nicht gelöst, sondern nur verschoben. „Es handelt sich um Air-Berlin-Flüge mit Air-Berlin-Flugzeugen.“ Es seien Flüge, mit denen Hunderttausende Touristen nach Berlin kommen. Albrecht: „Air Berlin bekommt doppelt so viele Passagiere von Etihad wie umgekehrt, nämlich 300.000. Ohne den Beitrag von Etihad könnte Air Berlin diese Strecken nicht kostendeckend betreiben.“

Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß gedachte auf dem Parteitag der beiden verstorbenen SPD-Politiker Egon Bahr und Helmut Schmidt. Ein Kondolenzbuch für Helmut Schmidt lag auf dem Parteitag und im Kurt-Schumacher-Haus aus. Stöß erinnerte an die Verdienste Bahrs in der Ostpolitik und für die Sicherung des Friedens. „Egon Bahrs Name bleibt in Berlin damit verbunden, dass er maßgeblich das Zusammenwachsen der Stadt gefördert hat.“ Helmut Schmidt habe in schwierigen Zeiten Orientierung gegeben.

Einen Überblick über die Antragsberatungen, die Beschlüsse und die vertagten Anträge gibt es im Internet auf parteitag.spd.berlin, Berichte und Videomitschnitte auf spd.berlin/lpt15-2. ■ uh

„EIN GUTES GESETZ FÜR DIE MIETERINNEN UND MIETER“

Die Gespräche waren konstruktiv. Das Wohnraumversorgungsgesetz, in Verhandlungen mit der Berliner Mieteninitiative entstanden, ist für Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel eine „gute Lösung für die Mieterinnen und Mieter“. Die Gespräche mit den Initiatorinnen und Initiatoren des Mieten-Volksbegehrens nannte er einen „erwachsenen Umgang mit direkter Demokratie“. Man sei sich auf Augenhöhe begegnet, bestätigte Iris Spranger für die SPD-Fraktion. Auf dem SPD-Landesparteitag zogen Andreas Geisel und Iris Spranger eine kurze Zwischenbilanz zum Umgang mit Bürgerbeteiligung und Volksentscheiden.

Ein Zurückdrängen direkter Demokratie sei falsch, so Andreas Geisel. All die Instrumente, die jetzt genutzt wer-



Andreas Geisel.

den, seien von der SPD eingeführt worden. Es hätten sich aber bei der Mieten-Initiative auch die Grenzen der direkten Demokratie gezeigt. Der ursprüngliche Gesetzentwurf habe Passagen enthalten, von denen sich die Initiatoren inzwischen selbst distanzieren. So sollten Vermieter nach dem Vorschlag der Mieteninitiative in dreistelliger Millionenhöhe subventioniert werden.

Der Landesvorstand hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Vorschläge zur Weiterentwicklung der Beteiligungsinstrumente entwickeln soll. ■ vwb

EHRUNGEN



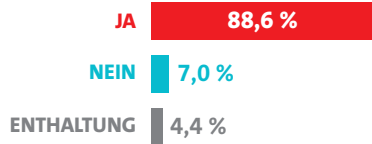
Ehrung für langjährige Mitgliedschaft auf dem Landesparteitag: Eine Urkunde erhielten u.a. die frühere Senatorin Anke Martiny, Ex-Stadtrat Nils Ferberg, die früheren Abgeordneten Ulrike Neumann, Heidemarie Fischer und Peter Schuster, Peter Senftleben, Gisela Pravda, Manfred Nowak, Günther Schulze, Siegfried Heimann, Peter Sötje und Renate Rennebach.



ERGEBNISSE DER MITGLIEDERBEFRAGUNG

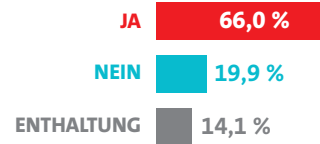
WOHNEN

Einfachere Standards beim Wohnungsbau, um mehr Wohnungen zu günstigen Mieten anbieten zu können?



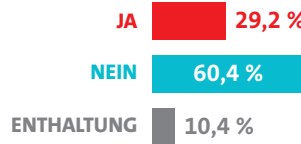
BILDUNG / KITA

Qualitätssteigerung für Kitas vordringlich vor der Ausweitung der Beitragsfreiheit?



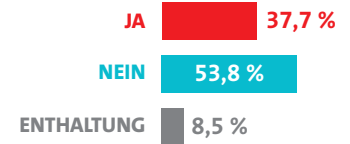
WAHLRECHT

Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre auch bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus?



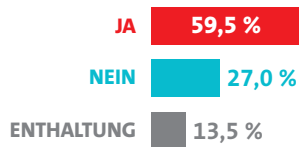
WIRTSCHAFT

Liberalisierung des Sonntagsverkaufsverbots für Spätverkaufsstellen („Spätis“)?



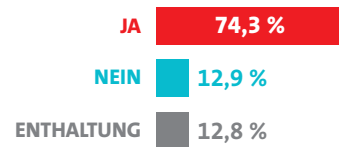
VERKEHR

Ausbau des Straßenbahnnetzes in ganz Berlin?



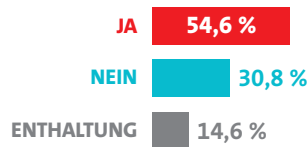
ARBEIT

Flexiblere Arbeitsmodelle im Rahmen einer maximalen 8-Stunden-Tätigkeit auf Wunsch der ArbeitnehmerInnen?



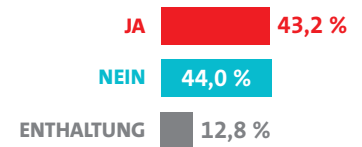
GLEICHBERECHTIGUNG

Anonyme Bewerbungen in Berliner Verwaltungen und möglichst auch in landeseigenen Betrieben?



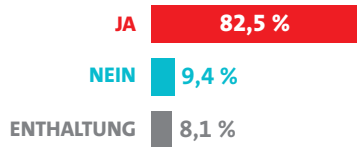
GESUNDHEIT

Abgabe von Cannabis an Erwachsene bei Stärkung des Jugendschutzes und der Prävention?



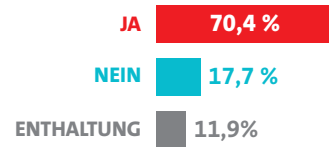
KULTUR

Wiedereinführung einer entgeltfreien Zeitspanne in den staatlichen Museen?



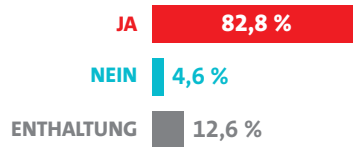
INNERE SICHERHEIT

Einstellung zusätzlicher Polizistinnen und Polizisten für Fuß- und Fahrradstreifen?



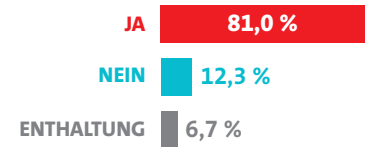
PFLEGE

Rechtsanspruch auf flexible Tages- und Nachtpflegeangebote zur Versorgung/Betreuung Pflegebedürftiger?



STAATLICHE NEUTRALITÄT

Beibehaltung des Berliner Neutralitätsgesetzes für Staatsbedienstete (z.B. LehrerInnen/RichterInnen)?



VORWÄRTS
PERSÖNLICH

Annika Klose, 23-jährige Studentin der Sozialwissenschaften aus Berlin Mitte, ist neue Landesvorsitzende der Berliner Jusos. Sie setzte sich im 2. Wahlgang mit 57 Prozent gegen ihre Mitbewerberinnen



Anna Müller durch. Der bisherige Landesvorsitzende **Kevin Kühnert** war vorzeitig zurückgetreten, weil er sich im Rahmen des Juso-Bundeskongresses in Bremen Ende November als stellvertretender Bundesvorsitzender zur Wahl stellte. **Benedikt Rüdesheim** aus Pankow wurde zu einem von acht stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Reguläre Wahlen sind im Frühjahr 2016.

Elli Arndt, Tempelhofer Sozialdemokratin und seit Januar 1931 Mitglied der SPD, feiert am 14. Dezember ihren 100. Geburtstag.

Ulrich Schöler, stellvertretender Direktor beim Deutschen Bundestag, ist neuer Vorsitzender des Vorstandes der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung.

Sabine Röhrbein, bisherige Pankower Bezirksverordnetenvorsteherin, hat ihr Amt wegen ihres Umzugs ins Brandenburger Umland niedergelegt. Als neuer Vorsteher wurde **Ronald Rüdiger** gewählt.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband
Berlin

Redaktion:
Ulrich Horb (v.i.S.d.P.)

Anschrift:
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel.: 030-4692 150
Fax: 030-4692 240
Mail: vorwaerts@
spd-berlin.de



Fordern die Rückübertragung des SEZ: Mitglieder der Abteilung Petersburger Platz.

WAS WIRD AUS DEM SEZ?

Aktion im Kiez: SPD mobilisiert die Nachbarschaft

Im Rahmen der Nachbarschaftskampagne der SPD hat die Abteilung Petersburger Platz in Friedrichshain Ende Oktober für eine Rückübertragung des ehemaligen „Sport- und Erholungszentrums“ (SEZ) an das Land Berlin geworben. Auf Infotafeln konnten sich Passanten über die Geschichte des SEZ informieren und eigene Vorschläge für eine Nutzung des Gebäudekomplexes machen. Das Gebäude war 2003 für einen symbolischen Euro an einen Leipziger Investor verkauft worden, der viel

versprochen hatte. Passiert ist nichts. Die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Friedrichshain-Kreuzberg fordert seit vielen Jahren eine Rückübertragung des SEZ ans Land Berlin. „Die Berlinerinnen und Berliner haben ein Recht darauf, dass das SEZ in Zukunft wieder allein dem Sport und der Erholung dient“, so der SPD-Bezirksverordnete Max Putzer. Der Ärger im Kiez über den Leerstand und Verfall ist groß. Die SPD will ihre Kampagne in den kommenden Wochen fortsetzen. ■ K.D.

„JÜNGERE BEGEISTERN“
AWO Berlin: Ute Kumpf löste Hans Nisblé ab

Eine weibliche Doppelspitze führt künftig die Berliner Arbeiterwohlfahrt. Auf der Landeskonferenz am 7. November wurde die ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Kumpf einstimmig zur neuen Vorsitzenden gewählt. Neue Landesgeschäftsführerin ist Barbara König.

Ute Kumpf dankte dem bisherigen Landesvorsitzenden und ehemaligen Weddinger Bezirksbürgermeister Hans Nisblé, der das Amt seit 2004 ausgeübt hatte.

Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden Kirsten Flesch, Anita Leese-Hehmke, Klaus Leonhardt, Manfred Nowak, Rainer Rheinsberg, Detlef Schuster und Ralf Thies gewählt.

Ute Kumpf war von 1998 bis 2013 Mitglied des Bundestags. Von 2002 bis 2010 war sie parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, von 2003 bis 2013 Sprecherin der SPD-Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement.

Als neue Geschäftsführerin hat der AWO Landesvorstand Barbara König berufen. Die 46-jährige Politikwissen-



Ute Kumpf und Barbara König.

schaftlerin war bislang Geschäftsführerin des familienpolitischen Fachverbandes der AWO, Zukunftsforum Familie e.V. Sie folgt auf den langjährigen Landesgeschäftsführer Hans-Wilhelm Pollmann, der in den Ruhestand geht.

Ute Kumpf will den Mitgliederverband stärken: „Wir müssen es schaffen, auch junge Menschen für die AWO zu begeistern. Darüber hinaus wollen wir natürlich weiterhin die gesamte Vielfalt, für die die AWO steht, auch leben und uns weiterhin für ein offenes und solidarisches Berlin engagieren.“ ■ vwb

VEREINBARKEIT VON
POLITIK UND FAMILIE

Ab 1. Januar 2016 erhalten Mütter und Väter, die Mitglied der SPD Friedrichshain-Kreuzberg sind, einen Zuschuss für die Kinderbetreuung bei Teilnahme an den Sitzungen. Vorbild war ein ähnlicher Beschluss der SPD Mitte. ■ vwb

SPD BÜROS ALS
REGISTERSTELLEN

Immer mehr SPD-Büros übernehmen Aufgaben als Registerstellen. Mit dem Register werden rechtsextreme und diskriminierende Vorfälle in Berlin erfasst. Neue Registerstellen sind das Wahlkreisbüro von Franziska Becker in Wilmersdorf, das SPD Kreisbüro Trepow-Köpenick, die Wahlkreisbüros von Dilek Kolat und Mechthild Rawert in Tempelhof-Schöneberg und Wahlkreisbüros in Friedrichshain-Kreuzberg. ■ vwb

TRAUER UM
ANDREAS HÖHNE

Andreas Höhne.

Die Reinickendorfer SPD trauert um ihren Jugend- und Sozialstadtrat Andreas Höhne. Der 57-jährige Sozialdemokrat verstarb am 30. Oktober 2015 nach schwerer Krankheit.

Die SPD und der Bezirk Reinickendorf, in dem Andreas Höhne seit 1987 lebte, verlieren damit einen überzeugten Kämpfer für soziale Gerechtigkeit und für die Belange der „kleinen Leute“, für Arbeitnehmer, Alleinerziehende und ökonomisch Schwächere. Der überzeugte Linke trat 1983 in die SPD ein. Von Beginn an ging es dem ehemaligen Lehrer nicht um politische Machtfragen, sondern um die Sache, um Inhalte. Politische Ränkespiele blieben ihm wohl zeitlebens fremd, nicht aber das Gespräch mit den Menschen, denen er offen, manchmal nachdenklich und jederzeit auf Augenhöhe begegnete. Der SPD diente er als Kreiskassierer und stellvertretender Kreisvorsitzender in Reinickendorf, auf Bundesebene gehörte er dem Parteikongress an. Er war Abteilungsvorsitzender in Reinickendorf-Ost, Kreis- und Landesdelegierter. ■ Jörg Stroedter / Marco Käber